

Grünschnabel

Nr. 29, März 93



ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT

Grüne Liste Büttelborn



Unsere Liste zur Wahl am 7. März 1993

1	Frieder Engel	Mathematiker
2	Peter Best	Gewerbelehler
3	Josef Korent	EDV-Berater
4	Jürgen Pohl	Kfm.-Angestellter
5	Else Kahl	Angestellte
6	Josef Mensch	Dipl.-Betriebswirt
7	Wulf Witusch	Ingenieur
8	Gerd Reinheimer	Lehrer
9	Dr. Jochen Schaefer	Biologe
10	Helmut Bauer	Physiker
11	Erika Korent	Betriebswirtin
12	Alfred Reinheimer	Industriekaufmann
13	Therese Best	Hausfrau
14	Edeltraud Pohl	Hausfrau
15	Werner Neumann	Redakteur
16	Karin Fischer	Redakteurin

Hintern hoch...

"Arsch huh - Zäng ussenander!" Treffender hätte Wolfgang Niedecken von der Kölner Gruppe BAP am 9.11.92 in Köln und vor Weihnachten in Frankfurt kein Motto finden können gegen die politische Lethargie und Passivität, die sich in Deutschland breit gemacht hat.

Gottseidank ist man bei den Menschenrechten endlich aufgewacht. Die Morde an den Ausländern und Obdachlosen waren ein hoher Preis dafür.

Vielen ist es wieder bewußt geworden, daß es einfach nicht reicht, alle paar Jahre zu Wahl zu gehen und sonst einem Apparat von Verwaltungen und Parlamenten die Einhaltung der Menschenrechte allein zu überlassen. Das Volk selbst muß sich dahinter stellen. Die vielen Demonstrationen, Lichterketten, Unterschriftenlisten und Aktionen haben Mut gemacht. Deshalb kommt dieser Kommunalwahl besondere Bedeutung zu. Es ist die erste Wahl in Deutschland nach diesen schlimmen Ereignissen. Die ganze Welt wird sorgsam beobachten, welche Lehren die HessInnen daraus gezogen haben. Keine Stimme für rechtsradikale Menschenhasser!

- für *Umweltschutz*
- für *Menschenrechte*

Beim Umweltschutz ist es nicht anders. Wieviel wird hier immer weiter zerrudelt, verschleiert und vorgeituschelt, obne daß etwas Entscheidendes geschieht. Meist wird nur in statistischen Zahlen argumentiert. Dadurch bleiben die vielen ausgerotteten Pflanzen- und Tierarten, die sterbenden Wälder, die an Allergien und Krebs leidenden Menschen weiter in der Anonymität. Und der alte Schlendrian geht weiter.

Eine Veränderung der Büttelborner politischen Verhältnisse ist dringend angesagt. Die seit 1945 andauernde Vorherrschaft der SPD schreit nach Wechsel.

Obwohl wir von der G.L.B.L. eben in die Grenzen gebracht haben, herrscht letztlich politische Lethargie. Was geschieht, wird von der SPD Spitze hinter verschlossenen Rathustüren ausgeklüffelt. Eine Spitze dieses Eisbergs ist die Gemeindeverwaltung: 90 Prozent der Angestellten haben das SPD-Parteibuch in der Tasche.

Bei all dem hilft nur: Tretet mit uns in die Pedale, bringt Bewegung in den Laden.

Deshalb:
Hintern hoch und Grüne Liste wählen.



...der Weg wird steiler

Joschka Fischer: Für eine gemeinsame Zukunft aller Kulturen.

Bei einer Veranstaltung der GRÜNEN in Groß-Gerau sprach sich Umweltminister Joschka Fischer für den Erhalt uneingeschränkter Rechte auf Asyl in Deutschland aus. Es könne nicht angehen, daß politische Flüchtlinge, wie Kurden aus der Türkei, wenn sie bei uns um Asyl bitten, in ihre Heimatländer abgeschoben würden. Dort drohen ihnen Gefängnisstrafen und lebenslängliche Verfolgung. Der von SPD, CDU und FDP ausgehandelte "Asylkompromiß" läßt zwar das Grundrecht auf Asyl formell unangetastet, sorgt aber dafür, daß niemand mehr in der Lage ist, dieses Recht auch in Anspruch zu nehmen. Politische Flüchtlinge werden - wenn sie nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden - Nachbarländern wie Polen oder der Tschechischen Republik aufgebürdet, denen es wirtschaftlich viel schlechter geht als uns. Das kann nicht akzeptiert werden.

"Nicht die Abstammung, der Lebensmittelpunkt begründet den Anspruch, Deutsche oder Deutscher zu sein."

Der von Cornelia Schmalz-Jacobsen, der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, präsentierte Gesetzentwurf für eine erleichterte Einbürgerung bedeutet eine Abkehr vom Prinzip des herrschenden Staatsrechts: vom "Recht des Blutes" zum "Recht des Bodens".

Nicht mehr diejenigen, deren UrUrUr-Großeltern vor 200 Jahren ausgewandert sind, besitzen ein sofortiges Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft, sondern diejenigen, die in diesem Land geboren sind. Dieses Recht gilt übrigens in den meisten befreundeten Staaten, wie Frankreich, Großbritannien und in den USA.



Joschka bei uns. Wahlkampfveranstaltung in Groß Gerau mit Spitzenkandidaten: Thomas Krambeer (GG), Gabriele C. Klug (Kreistag), Josef Korent und Frieder Engel (beide GLB)

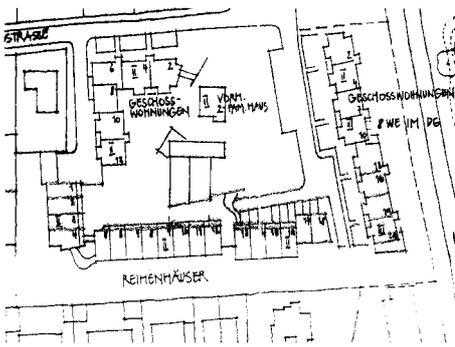
Für doppelte Staatsbürgerschaft

Da die Aufgabe der Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes für die meisten Betroffenen die größte Hürde darstellt, ist die Forderung, die doppelte Staatsbürgerschaft zuzulassen, nur zu berechtigt. Es spricht kein vernünftiger Grund dagegen, den Besitz zweier Pässe auch bei uns zu erlauben. Fast alle europäischen Regierungen haben dies bereits begriffen, und ihre entsprechenden Gesetze angepaßt. Ein Schritt in die richtige Richtung und eine konkrete

Maßnahme wäre die Annahme dieses Gesetzentwurfes. Nach unserer Meinung müßte dazu noch eine erleichterte Einbürgerung für solche Personen ermöglicht werden, die schon lange in unserem Land leben, selbstverständlich auch hier unter Einbezug der doppelten Staatsbürgerschaft. Die derzeitige Regelung, die einem Spießrutenlauf durch die Behörden gleicht und dazu noch sehr teuer ist, bedeutet keine Erleichterung der Integration.

Perspektiven am Bau

Tannenstraße OT Worfelden



62 Wohnungen im Sozialwohnungsbau, Reihenhausbau und Geschosswohnungsbau. (Entwurfsskizze)

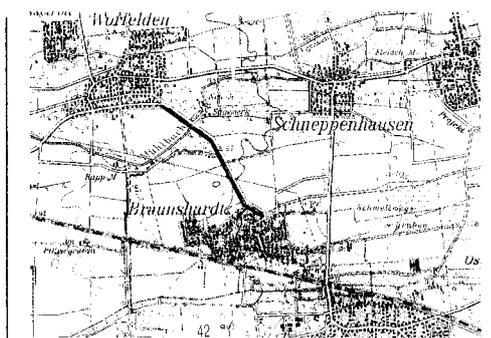
Die Wohnbebauung Tannenstraße ist für uns nicht nur bei der Beschaffung von Wohnraum und im speziellen von Sozialwohnungen besonders wichtig. Es ist auch ein Projekt, mit dem Erfahrungen über neue Wege im kommunalen Wohnungsbau für ein zukünftiges Baugebiet "Mittelgewann" OT Büttelborn gesammelt werden können.

Baukostenreduzierung über ein "Bauherrenmodell"

Hierbei werden Planung, Bauleitung, Auftragsverga-

Radweg ist auf dem Weg!

Im November 1992 wurden der GLB von einer privaten Initiative 500 Unterschriften von Bürgern übergeben, die sich für den Bau eines Radweges von Worfelden nach Weiterstadt einsetzen. Die GLB hat den verantwortlichen Stellen Kopien dieser Unterschriftslisten zugesandt. Zustimmung und Unterstützung haben wir bisher von Dr. Hans Jürgen Braun (GRÜNE), dem ersten Kreisbeigeordneten des Kreises Darmstadt-Dieburg und von der Landtagsfraktion der GRÜNEN erhalten. Senta Seip und Daniela Wagner-Petzold haben sich in Wiesbaden bei dem zuständigen Verkehrsminister dafür eingesetzt, daß dieses Projekt in die Prioritätenliste des Landes Hessen aufgenommen wird. Es tut sich was!



be, Materialeinkauf von allen BauherrInnen der Reihenhaushausgruppe von vornherein koordinierend vorgenommen. Besonders ist dabei der Faktor "Selbsthilfe" zu betonen: Den BauherrInnen wird vom Anfang bis zum Ende eine begleitende Fachberatung angeboten, die Selbsthilfe in organisierter Form ermöglicht, was ein erheblicher Faktor zur Kostenreduzierung sein kann.

Sozialwohnungsbau im Genossenschaftsprinzip.

Bei diesem Modell ist es möglich, daß die Betroffenen eine finanzielle Eigenbeteiligung für die Sozialwoh-

nung einbringen. Sie werden dazu zu Genossen-

schaftsmitgliedern. Dieses Modell ist interessant für all die Familien, die sich nie ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung leisten könnten, aber einen finanziellen Beitrag von bis zu 50.000 DM aufbringen können.

Beide Modelle sind schon seit Jahren in der Erprobung oder Realisierung, so z. B. in Darmstadt-Kranichstein. Zum letzteren Modell ist die Landesregierung dabei, noch einen sogenannten 6. Finanzierungsweg zu schaffen.

Wir sind optimistisch und werden uns für beide Modelle in der Zukunft engagieren.

Klein-Gerau:

Neue Verkehrsführung

von Gerd Reinheimer, GLB-Vertreter im Gemeindevorstand



Im Zuge des Schnellbahnausbaus der Strecke Frankfurt - Mannheim beseitigt die Bundesbahn ersatzlos die schienengleichen Bahnübergänge vor Groß-Gerau ("am Gerer Hewwel").

Zuerst strebte die SPD die Verlegung der K164 (Kreisstraße nach Groß-

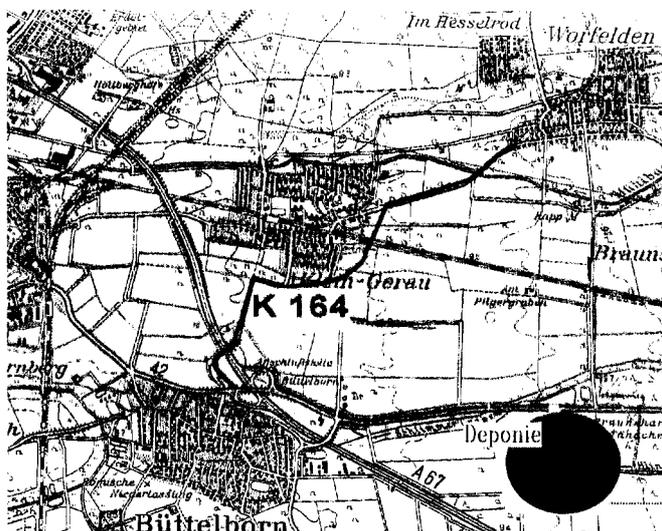
Gerau) durch die Gewannen "Auerloch" und "Galgenweide" Richtung Viadukt an. Sie lehnte den Vorschlag der GLB ab, die Verbindungsstraße Klein-Gerau/Büttelborn an die B42 in Höhe "Onkel Otto" anzubinden. Die SPD-Lösung schelterte, weil ein Landwirt sein Gelände nicht verkaufen wollte und sich auch die Naturschutzverbände gegen diese Lösung und für den GLB-Vorschlag aussprachen.

Recht bald konnte gemeinsam mit der SPD ein Kompromiß verabredet werden, der unseren alten Vorschlag aufgreift. Dieser bietet dem alten Ortsteil von Klein-Gerau die Chance einer großräumigen Verkehrsleitung. Die K164 wird östlich des Klein-Gerauer Friedhofs über die Bahnstrecke Darmstadt-Mainz geführt und mündet in einem großen Bogen in der Kurve hinter der alten Dreschhalle in die Verbindungsstraße nach Büttelborn. Vor der Unterführung der B42 zweigt die neue Straße dann nach links ab

und mündet in einer Auffahrt in die B42, gerade gegenüber der Autobhahnauffahrt, ein. Der alte Ortsteil von Klein-Gerau kann somit vollkommen vom Durchgangsverkehr Richtung Groß-Gerau befreit werden. Die zum Teil recht langen und unberechenbaren War-

tezeiten an den Bahnübergängen in Klein-Gerau und vor Groß-Gerau entfallen. Eine etwas längere Fahrtstrecke ist für motorisierte Verkehrsteilnehmer hinnehmbar. Für Fußgänger und Radfahrer bleibt die direkte Verbindung nach Groß-Gerau erhalten. Neben dem "Gerer Hewwel" wird

eine Unterführung für Fußgänger und Radfahrer gebaut werden. Ebenso ist in Klein-Gerau in der Gustav-Heinemann-Straße (am Nösinger) eine Unterführung für Radfahrer und Fußgänger geplant. Allerdings birgt diese Planung auch eine Gefahr. Die Gemeinde muß besonders darauf achten, daß der Kurt-Schumacher-Ring im Neubaugebiet Klein-Gerau und der sich anschließende Wasserweg nicht noch mehr an Attraktivität für den Durchgangsverkehr gewinnt. Weitere rechtzeitig vorgenommene Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in diesem Bereich sind dringend notwendig. Die GLB wird diese Probleme immer wieder ansprechen.



Alles Müll, oder was?

Gelber Sack

Die Gesellschaft Duales System Deutschland (DSD) wurde von der Verpackungsindustrie unter dem Druck der Umwelt- und Naturschützer gegründet, die die Verpackungsflut nicht mehr akzeptieren wollten. Die DSD beauftragt nun ihrerseits wieder andere Unternehmen mit der Sammlung und Sortierung der Verpackungsabfälle. Das ganze kostet natürlich viel Geld, und dieses holt sich die DSD von der Verpackungsindustrie. Diese wiederum holt sich das Geld von uns, den Verbrauchern.

Geldkreislauf

Was das Geld angeht, haben wir nun den Kreislauf, aber mit dem Wertstoff-Recycling hapert es noch gewaltig. Vorallem für Kunststoffe und Verbundstoffe (Milchbüten) gibt es bisher praktisch keine Recyclingmöglichkeit.

Und trotzdem! Machen Sie mit! Schmeißen wir diese Verpackungsindustrie mit ihrem eigenen Mist zu! Kümmern Sie sich nicht um den "Grünen Punkt"! Alles was nach Verpackung aussieht, jeder Kunststoff, jede Dose, gehört einfach in die Wertstofftonne oder in den "Gelben Sack". Es besteht die gesetzliche Verpflichtung zur Wiederverwertung! Und wenn sie das nicht kann, dann muß die Produktion solcher Verpackungsmaterialien verboten werden. Es muß jetzt darauf geachtet werden, daß die Wiederverwertung auch geschieht, denn wie wir leider schon erfahren mußten, sind die Müllverschieber schon am Wirken.

Alltägliche Sorgen

Wir sind übrigens nicht der Meinung unseres Bürgermeisters, die alltäglichen Sorgen der Bürger mit dem "Gelben Sack" gehe ihn eigentlich nicht so viel an. Er

Der Müllberg wächst - ohne Ende, bis zur höchsten Erhebung im Ried. Büttelborner Deponie im Februar 1993.



und seine Verwaltung sind Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde und nicht irgendwelche Firmen.

Für uns ist der "Gelbe Sack" nicht der Weisheit letzter Schluß. Als Mieter mit dem "Gelben Sack" zu wohnen, ist keine Bereicherung der Lebensqualität. Die gelbe Tonne muß her.

Normalverbraucher gegenüber Gewerbetreibenden benachteiligt.

Wußten Sie schon: Ein 6-Personen-Haushalt bezahlt per Monat und 240-Liter-Tonne 32 DM. Für einen Kubikmeter Müll werden also dem Normalverbraucher 130 DM berechnet.

Ein Gewerbetreibender mit einem 1,1 Kubikmeter Restmüllcontainer bezahlt dagegen nur 44 DM pro Kubikmeter.

Wir finden das nicht gerecht! Sogar die CDU war dagegen. Aber gegen die SPD Mehrheit waren wir machtlos.

Müllgebühren à la SPD

Wer viel Müll macht, wird dafür belohnt. Das ist das Prinzip der SPD - auch bei der Tonnengröße: Anstatt kleinere Mülltonnen (120 Liter) anzubieten, wie von der GLB gefordert, stellte sich die SPD auf den Standpunkt: "Wer die großen Mülltonnen nicht nutzt, muß sie auch nicht vollmachen. Müllvermeidung ist selbstverständlich und muß nicht belohnt werden". Wir finden, daß diejenigen, die sich um Müllvermeidung bemühen, sehr wohl belohnt werden sollen und fordern weiterhin die Einführung von kleinen Tonnen und ein gerechtes Gebührensystem.



Rathausbebauung: Chance vertan

Ein riesige Lücke ist in den Büttelborner Ortskern gerissen worden. Geplant ist von einem Büttelborner Bauträger ein Geschäftszentrum.

Unsere anfängliche Zustimmung zu diesem Projekt ist immer mehr von Skepsis abgelöst worden.

Wir sahen darin eine Chance, den Dorfkern von der Ecke Malzerstraße-Durmstüderstraße ("Stogu") über altes Rathaus bis evangelische Kirche in eine Gesamplanung (Dorfverschönerung, Verkehrsberuhigung) einzubeziehen. Weiter sahen wir die Möglichkeit, über die innerörtliche Verkehrsführung planerisch nachzudenken. Dies wurde selbst von dem Architekten Schmitt in seiner ersten Vorstellung des Projektes angeregt.

Geschäft dominiert

Aber diese Chance wurde vertan. Die kommerzielle Planung bekam den Vorrang. Die Gemeindeverwaltung und das Bauamt Groß Gerau taten das Mögliche,

daß alle Reibungspunkte für die privaten Betreiber abgebaut werden konnten. Die öffentliche Planung begrenzte sich darauf, daß das Gelände der alten Häuser der Gemeindeverwaltung an die Kreissparkasse verkauft werden soll, die darauf ein Gebäudekomplex inklusive einer neuen Geschäftsstelle errichten will. Warum es unbedingt die Sparkasse sein muß, ist uns unerklärlich. Aber das wird die SPD-Mehrheit wohl innerparteilich abgesprochen haben. Inzwischen mehren sich die Kritiker, daß die neue Gemeindeverwaltung zu einem "Hinterhofbereich" des Geschäftszentrums degenerieren könnte.

Die kommerzielle Bauplanung dominierte dann soweit, daß die Parkplätze für die Gemeindeverwaltung bis direkt an die Friedhofsmauer verschoben wurden, was wir als pietätlos kritisierten.

Der große Wurf, private und öffentliche Planung gleichberechtigt zusammenzuführen, ist in Büttelborn mal wieder nicht gelungen.

Siehr und Gölzenleuchter treten zurück

Scheinkandidaten treten zur Wahl an

Am Wahltag um 18.01 Uhr werden die auf den beiden SPD-Listen aufgestellten Spitzenkandidaten Bürgermeister Gölzenleuchter und Landrat Siehr zurücktreten, um weiter ihre Amtssessel behalten zu können. Denn: Nach der Hessischen Gemeindeverfassung werden Bürgermeister und Landräte nicht mehr über die Parteien sondern direkt vom Volk gewählt. Die Wahl-

werbung mit den Konterfeis der beiden hat mit dieser Wahl nichts zu tun und ist deshalb unlauter. Da uns fast an jeder Ecke in den Büttelborner Ortsteilen die beiden Plakate in den Blick gestellt werden, muß man sich fragen, wo ist dann die SPD? Ist sie so profilarm, daß sie sich hinter Personen verstecken muß, die bei dieser Wahl nur zum Schein antreten?

**Liebe Wählerinnen und Wähler,
liebe Freundinnen und Freunde,
bleibt am 7. März bloß nicht daheim.
Hintern hoch - GLB wählen !**

(Peter Best, Gerd Reinheimer, Frieder Engel, Else Kahl, Wulf Witusch, Josef Korent, Jupp Mensch, Traudl Pohl, Jürgen Pohl)



Impressum

Verantwortlich für den Inhalt: Fraktion der GLB "Zeitungsmacher": Peter Best, Erika Korent, Josef Korent, Frieder Engel
Kontaktadresse: Peter Best, Mozartstraße 26, 6087 Büttelborn, Tel. 54525

klein, aber oho!



GLB Liste 5

Entwarnung für Kompost und Biotonne

Die Stiftung Warentest entwarnt aufgrund der Aussagen des Stuttgarter Abfallprofessors Tabarasan: Gesunde Menschen werden von Pilzsporen aus Mülltonne und Kompost nicht gefährdet.

Trotzdem ist es sinnvoll, die normalen Mülltonnen als auch die Biotonne wöchentlich leeren zu lassen.

Eine Gefährdung besteht nur für immungeschwächte Menschen, wie Leukämiekranken, chronisch Lungen-, Leber- und Nierenkranke sowie Menschen mit Organtransplantationen. Sie sollten den Kontakt mit dem Inhalt von Müllbehältern grundsätzlich meiden.

Die Stiftung Warentest stellt damit Meldungen wieder auf den Boden der Tatsachen, die aufgrund einer Veröffentlichung des Bundesgesundheitsamtes die irrige Annahme verbreiteten, daß Kompostierung und die Biotonne ein Gefahrenpotential für jedermann darstellen sollten.

(Quelle: STIFTUNG WARENTEST 2/92)

Wahlparty
7. März 1993 ab 18 Uhr
im Bürgerhaus Worfelden